



Sarah Ryglewski
Parlamentarische Staatssekretärin

POSTANSCHRIFT Bundesministerium der Finanzen, 11016 Berlin

Präsidenten des Deutschen Bundestages
Herrn Dr. Wolfgang Schäuble MdB
Parlamentssekretariat
Platz der Republik 1
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Wilhelmstraße 97
10117 Berlin
TEL +49 (0) 30 18 682-4245
FAX +49 (0) 30 18 682-4404
E-MAIL Sarah.Ryglewski@bmf.bund.de
DATUM 23. März 2020

BETREFF **Kleine Anfrage des Abgeordneten Frank Schäffler u. a. und der Fraktion der FDP;
„Zombie-Unternehmen“**

BEZUG BT-Drucksache 19/17696 vom 9. März 2020

GZ **VII B 1 - WK 5039/20/10002**

DOK **2020/0250683**

(bei Antwort bitte GZ und DOK angeben)

Sehr geehrter Herr Präsident,

namens der Bundesregierung beantworte ich die o. g. Kleine Anfrage wie folgt:

1. „Hat die Bundesregierung Kenntnisse über die Anzahl der jährlichen Unternehmensinsolvenzen in Deutschland?
 - a. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Anzahl der Insolvenzen in den letzten 10 Jahren entwickelt?“

Die Anzahl der Unternehmensinsolvenzen in Deutschland ist in den letzten 10 Jahren von 31.998 statistisch erfassten Verfahren für das Jahr 2010 auf 18.749 statistisch erfasste Verfahren für das Jahr 2019 zurückgegangen. Die Anzahl setzt sich zusammen aus den eröffneten und den mangels Masse abgewiesenen Verfahren. Im Einzelnen:

2010: 31.998
2011: 30.099
2012: 28.297
2013: 25.995
2014: 24.085
2015: 23.101
2016: 21.518

2017: 20.093

2018: 19.302

2019: 18.749

(Quelle: Statistisches Bundesamt, s. <https://www-genesis.destatis.de/genesis//online?operation=table&code=52411-0001&levelindex=0&levelid=1584097241025>)

- b. „Hat die Bundesregierung Kenntnisse über die Anzahl der jährlichen Unternehmensinsolvenzen in der Europäischen Union?“
- c. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Anzahl der Insolvenzen in der Europäischen Union in den letzten 10 Jahren entwickelt?“

Die Fragen 1b. und 1c. werden zusammen beantwortet.

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen in der Europäischen Union ist nach Aussage der Europäischen Kommission in der Begründung zu ihrem Vorschlag vom 22. November 2016 für die Richtlinie über Restrukturierung und Insolvenz (COM(2016) 723 final, Seite 2 f.) seit dem Höhepunkt der Wirtschaftskrise im Jahr 2009 gestiegen und nach wie vor hoch. Schätzungsweise 200.000 Unternehmen gingen hiernach europaweit jährlich in die Insolvenz. Bei rund einem Viertel dieser Insolvenzen handele es sich um grenzüberschreitende Insolvenzen mit Gläubigern und Schuldern in mehr als einem EU-Mitgliedstaat. Weitergehende Angaben liegen der Bundesregierung nicht vor und wurden auch vom Statistischen Amt der Europäischen Union (Eurostat) nicht veröffentlicht.

- d. „Sieht die Bundesregierung einen Zusammenhang zwischen der Anzahl der jährlichen Unternehmensinsolvenzen und dem Zinsniveau?“

Aus betriebswirtschaftlicher wie auch makroökonomischer Sicht bestehen neben den Finanzierungskosten eines Unternehmens eine Vielzahl weiterer möglicher Ursachen für Unternehmensinsolvenzen. Der Bundesregierung liegen daher keine Erkenntnisse über einen eindeutigen Zusammenhang zwischen der Anzahl der jährlichen Unternehmensinsolvenzen und dem Zinsniveau vor.

- 2. „Hat die Bundesregierung Kenntnisse über die Gesamtverschuldung von Unternehmen in Deutschland?
 - a. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Unternehmensverschuldung in den letzten 10 Jahren entwickelt?“

Die Deutsche Bundesbank erfasst die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des deutschen nichtfinanziellen Unternehmenssektors auf Grundlage von Einzel- und Konzernabschlüssen. Laut öffentlich zugänglicher Zahlen stellt sich die absolute

Gesamtverschuldung nichtfinanzieller börsennotierter Unternehmensgruppen in Deutschland in den letzten zehn Jahren wie folgt dar (in Mrd. Euro):

2009: 1.148,1
2010: 1.206,0
2011: 1.270,9
2012: 1.313,4
2013: 1.333,0
2014: 1.496,6
2015: 1.593,4
2016: 1.695,6
2017: 1.642,0
2018: 1.803,2

(Quelle: Deutsche Bundesbank, <https://www.bundesbank.de/de/statistiken/unternehmen-und-private-haushalte/-/tabellen-772972>)

- b. „Hat die Bundesregierung Kenntnisse über die Gesamtverschuldung von Unternehmen in der Europäischen Union?“
- c. „Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Unternehmensverschuldung in der Europäischen Union in den letzten 10 Jahren entwickelt?“

Die Fragen 2b. und 2c. werden zusammen beantwortet.

In Zusammenarbeit mit dem Europäischen Ausschuss der Bilanzentralen (European Committee of Central Balance Sheet Data Offices, ECCBSO) liefern 12 EU-Staaten (darunter die Deutsche Bundesbank für Deutschland) entsprechende Kennzahlen aus Jahresabschlüssen für statistische Vergleiche. Die Angaben werden in der gemeinsamen Datenbank BACH (Bank for Accounts of Companies Harmonized) zusammengefasst (s. <https://www.eccbso.org/wba/pubblica/database.asp>).

- d. „Sieht die Bundesregierung einen Zusammenhang zwischen der Anzahl der Unternehmensverschuldung und dem Zinsniveau?“

Die Bundesregierung versteht, dass nach einem Zusammenhang zwischen der Höhe der Unternehmensverschuldung und dem Zinsniveau gefragt wird. Aus Sicht der Bundesregierung bestehen aus betriebswirtschaftlicher wie auch makroökonomischer Sicht neben dem Zinsniveau eine Vielzahl weiterer möglicher Ursachen für die Höhe der Unternehmensverschuldung. Der Bundesregierung liegen daher keine Erkenntnisse über einen eindeutigen Zusammenhang zwischen der Höhe der Unternehmensverschuldung und dem Zinsniveau vor.

3. „Hat die Bundesregierung Kenntnisse über die laufenden Zinskosten von Unternehmen in Deutschland bzw. der Europäischen Union? Wie haben sich die Zinskosten in den letzten 10 Jahren entwickelt?“

Zu den laufenden Zinsaufwendungen von Unternehmen in Deutschland liegen folgende öffentlich zugängliche Zahlen der Deutschen Bundesbank vor (Zinsaufwendungen in Mrd. Euro):

2009: 57,0
2010: 65,4
2011: 69,3
2012: 66,3
2013: 67,0
2014: 68,4
2015: 83,5
2016: 59,3
2017: 64,7
2018: 80,8

(Quelle: Deutsche Bundesbank, s.

<https://www.bundesbank.de/de/statistiken/unternehmen-und-private-haushalte/-/tabellen-772972>)

Darüber hinaus liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor.

4. „Hat die Bundesregierung Kenntnisse über den derzeitigen Stand der notleidenden Kredite in Deutschland bzw. der Europäischen Union?
- Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung der Stand der notleidenden Kredite in Griechenland?
 - Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung der Stand der notleidenden Kredite in Italien?“

Der Bundesregierung stehen in Bezug auf notleidende Kredite (Non-Performing Loans, NPLs) öffentlich zugängliche Daten zur Verfügung. Diese werden von verschiedenen Institutionen bereitgestellt und umfassen abweichende Kreise von Banken bzw. basieren teilweise auf unterschiedlichen Berechnungsmethoden.

Die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) veröffentlicht regelmäßig Daten zu notleidenden Krediten in der Europäischen Union (siehe <https://eba.europa.eu/risk-analysis-and-data/risk-dashboard>). Die nachfolgende Tabelle enthält die erfragten Informationen aus dem EBA-Dashboard zum Stichtag des 3. Quartals 2019.

	NPLs in Mrd. EUR	NPL Brutto-Quote in %
Deutschland	31,9	1,2
Europäische Union	617,8	2,9
Griechenland	74,5	37,4
Italien	127,1	7,2

Quelle: EBA Risk Dashboard, Daten von Q3 2019

5. „Hat die Bundesregierung Kenntnisse über die Bonität von Unternehmen in Deutschland bzw. der Europäischen Union?
- Welcher Anteil der Unternehmen erhält nach Kenntnis der Bundesregierung nur ein Rating von BBB oder schlechter?
 - Hat die Bundesregierung Kenntnisse darüber, wie viele Unternehmen Ihre Bonität nicht bewerten lassen? Hat die Bundesregierung Kenntnisse darüber, dass es bei diesen Unternehmen im Zuge von Basel IV Probleme bei der Kreditvergabe geben könnte (<https://www.handelsblatt.com/finanzen/banken-versicherungen/eigenkapitalstandards-basel-iv-koennte-kreditvergabe-an-den-mittelstand-gefaehrden/25534178.html>)?“

Die Europäische Bankenaufsichtsbehörde hat am 5. August 2019 im Auftrag der Europäischen Kommission eine Analyse der Auswirkungen der Finalisierung von Basel III vorgelegt. Für die untersuchten 181 Banken lag der Anteil des nicht von einer externen Ratingagentur bewerteten ausstehenden Volumens bei etwa $\frac{3}{4}$. Die Bundesregierung wird sich in den Verhandlungen weiterhin dafür einsetzen, dass es nicht zu Beeinträchtigungen der Wettbewerbsfähigkeit oder der Kreditversorgung der Realwirtschaft kommt.

6. „Hat die Bundesregierung Kenntnisse darüber, wie viele Unternehmen es in Deutschland bzw. der Europäischen Union gibt, deren Erträge über einen längeren Zeitraum geringer sind als ihre laufenden Zinskosten (sog. Zombie-Unternehmen)?
- Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Anzahl der Zombie-Unternehmen in den letzten 10 Jahren entwickelt?“

Nach Ansicht der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) hat sich die Anzahl der sogenannten Zombie-Unternehmen in Deutschland in den letzten Jahren tendenziell erhöht (siehe folgende Tabelle zur Analyse von Banerjee und Hofmann (2018): The rise of zombie firms: causes and consequences, BIS Quarterly Review, September 2018, S. 67 - 78).

Jahr	„weite Definition“	„enge Definition“
2007	5,6 %	2,2 %
2008	6,2 %	2,9 %
2009	7,5 %	3,4 %
2010	7,1 %	3,3 %
2011	6,8 %	3,3 %
2012	7,7 %	3,1 %

2013	8,5 %	4,0 %
2014	9,5 %	4,1 %
2015	10,2 %	4,5 %
2016	9,2 %	4,3 %

Andere Zahlen zeigen dagegen einen Rückgang der Zombie-Unternehmen in den letzten Jahren oder lassen keinen klaren Trend erkennen (vgl. auch Storz, M., M. Koetter, R. Setzer und A. Westphal (2017): Do we want these two to tango? On zombie firms and stressed banks in Europe, ECB Working Papers Nr. 2104; Bundesbank (2017): Zur Entstehung sogenannter Zombie-Unternehmen in Deutschland im Niedrigzinsumfeld, Monatsbericht Dezember 2017, S. 37 - 40). Insgesamt dürfte der Anteil der Unternehmen mit einer anhaltenden Ertragsschwäche in Deutschland eine untergeordnete Rolle spielen; ihr Anteil dürfte je nach Datenbasis und Definition im einstelligen Prozentbereich liegen (vgl. BMWi Monatsbericht "Schlaglichter der Wirtschaftspolitik", Dezember 2018. https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/Monatsbericht/Monatsbericht-Themen/2018-12-ertragsschwaeche.pdf?__blob=publicationFile&v=5).

- b. „Welche Konsequenz zieht die Bundesregierung aus der Einschätzung der Bank für Zahlungsausgleich, dass eine erhöhte Anzahl von Zombie-Unternehmen auf die anhaltende Niedrigzinsphase zurückzuführen ist (https://www.bis.org/publ/qtrpdf/r_qt1809g.pdf - S. 68)?“

Niedrige Zinsen können tendenziell zur Verbreitung ertragsschwacher Unternehmen beitragen, indem sie auf der einen Seite die Finanzierungskosten der Unternehmen reduzieren und zunächst den Zinsdeckungsgrad erhöhen können. Zugleich können die Zinsmargen im Bankengeschäft sinken, wodurch Banken unter Druck geraten, nicht werthaltige Kredite in ihren Bilanzen zu behalten. Angesichts weiterer potenzieller Faktoren liegen der Bundesregierung aber keine Erkenntnisse über einen eindeutigen Zusammenhang zwischen der Anzahl von Zombie-Unternehmen und dem Zinsniveau vor.

Zudem wird auf die Antwort zur Frage 6a. verwiesen, nach der die Studienlage über die Entwicklung von Zombie-Unternehmen nicht eindeutig ist. So dokumentieren manche Studien im Gegensatz zur BIZ einen Rückgang der Zombie-Unternehmen in den letzten Jahren oder lassen keinen klaren Trend erkennen.

- c. „Hat die Bundesregierung Kenntnisse darüber, dass sich die erhöhte Anzahl an Zombie-Unternehmen negativ auf die Produktivität auswirkt?“

Die Existenz von Unternehmen mit anhaltend kritischer Ertragslage ist ein mögliches Anzeichen dafür, dass notwendige Marktprozesse der schöpferischen Zerstörung behindert werden. Dies würde dazu führen, dass sowohl Kapital als auch Arbeitskräfte in Unternehmen mit unterdurchschnittlicher Produktivität und geringerer

Investitionstätigkeit gebunden werden. Kredite, die finanzschwachen Unternehmen zur Verfügung gestellt werden, fehlten damit für produktivere Projekte. Darüber hinaus hängt die wirtschaftliche Produktivität grundsätzlich von einer Vielzahl von Faktoren wie zum Beispiel Unternehmensgröße oder Branche ab.

Im Übrigen wird erneut auf die Antwort zur Frage 6a. verwiesen, nach der die Studienlage über die Entwicklung von Zombie-Unternehmen nicht eindeutig ist. So dokumentieren manche Studien im Gegensatz zur BIZ einen Rückgang der Zombie-Unternehmen in den letzten Jahren oder lassen keinen klaren Trend erkennen.

- d. „Hat die Bundesregierung Kenntnisse darüber, dass sich die erhöhte Anzahl an Zombie-Unternehmen negativ auf die Finanzmarktstabilität (z.B. in Form von Zinsänderungsrisiken) auswirkt?“

Hierzu liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor.

Mit freundlichen Grüßen

Sarah Ryschli